

sondern wir werden versuchen, selber die nöthigen Konsequenzen aus der wirtschaftlichen Entwicklung zu ziehen und im Interesse der Partei zu verwerten.

**Singer** macht den Redner darauf aufmerksam, daß die ihm geschäftsordnungsmäßig zustehende Redezeit abgelaufen sei. (Zuruf: Weiter reden!) Da sich kein Widerspruch dagegen erhebt, wird dem Redner gestattet, noch weiter zu reden.

**Pfannkuch:** Der Rassenbericht zeigt Ihnen eine Ausgabe von 69 000 Mk. für die Parteipresse, 23 000 Mk. mehr als im vorigen. Diese Ziffern beweisen, daß der Presse von der Parteileitung volle Aufmerksamkeit zugewendet ist. Die Aufwendungen für die „Rheinische Zeitung“ beruhen auf dem Beschluß des Kölner Parteitages, sie können aber doch nicht auf unabsehbare Zeit in derselben Höhe fortbauern. Die Kölner Genossen haben denn auf unsere Ermahnung hin sich dazu verstanden, andere Agitationseinrichtungen zu treffen, so daß eine Kürzung der Zuschüsse möglich ist und diese hoffentlich in Zukunft ganz werden fortfallen können.

Die Zuwendungen für das Breslauer Organ sind wohl auf die Thatfache zurückzuführen, daß wir unseren letzten Parteitag in Breslau abgehalten haben. Wir überzeugten uns in Breslau, daß für das Breslauer Organ in thatkräftiger Weise gesorgt werden müsse. Wir wollten das Experiment machen, durch eine große Aufwendung das Blatt auf eigene Füße zu stellen. Leider ist das Experiment nicht gelungen. Auch die Breslauer Genossen haben sich davon überzeugt, daß so hohe Aufwendungen auf die Dauer von der Partei für ihr Blatt nicht geleistet werden können. Es soll in anderer Weise versucht werden, das Blatt zu bilanzieren.

Die Steigerung der Einnahmen gegen das Vorjahr ist ja ein günstiges Ergebnis für die finanzielle Lage der Partei, stammt jedoch im wesentlichen aus den Ueberschüssen der rentirenden Parteigeschäfte. Die Parteiparte müssen den guten Willen mehr als bisher bethätigen und von ihren Ueberschüssen auch ab und zu eine Postanweisung an die Parteileitung schicken.

Im Bericht ist auf das von der Ethischen Gesellschaft ausgegangene Begnadigungsgesuch unserer im Essener Meineidsprozeß verurtheilten Genossen hingewiesen. Unsere Genossen stellen sich, wie nicht anders zu erwarten, auf den Parteistandpunkt: sie wollen keine Gnade wo sie ihrer Meinung nach zu unrecht verurtheilt sind, sie wollen ihr Recht. (Sehr richtig.) Die Sympathie der deutschen Arbeiterklasse ist eine ungeschwächte, sie betreibt mit allen Mitteln die Bewegung zu gunsten der Wiederaufnahme des Verfahrens, damit unseren verurtheilten Genossen Gerechtigkeit widerfährt. Wir haben ferner auf die vielen Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung hingewiesen und auf die vielen in letzter Zeit vorgekommenen Begnadigungen von Leuten, denen die Pflege des öffentlichen Sicherheits- und Wohlfahrtsdienstes oblag, und die bei der Ausübung dieser Dienstpflicht sich schwere Verfehlungen gegen strafgesetzliche Bestimmungen zu schulden kommen ließen. Weiter haben Begnadigungen von Leuten stattgefunden, die den sogenannten satisfaktionsfähigen Kreisen angehören und mit den Mordwaffen in der Hand vorgeschwiegen einander das Lebenslicht auszublasken beabsichtigten. Die bürgerliche Presse hat sich ob der über solche Fälle ergangenen Begnadigungen ja in Lamentationen ergangen. Wir stehen solchen Lamentationen selbstverständlich kühl gegenüber, wir erblicken in diesen Begnadigungen ein Moment mehr im Gesamtbild der Erscheinungen am Schluß des Jahrhunderts, welches uns mit frohen Hoffnungen auf die uns bevorstehenden Kämpfe erfüllt. Wir sind der Meinung, daß jede vom Minister in Vorschlag gebrachte Begnadigung mehr als eine von der Parteileitung zu arrangirende Agitationstour aufwiegt (Sehr richtig!), und in diesem Sinne können wir uns über eine jede in diese Kategorie fallende Begnadigung nur freuen. Kampf bleibt die Parole, getreu unserer Tradition,

uns dem Gegner stellen da, wo er sich bietet. Leider haben wir ja die Erfahrung machen müssen, daß die Gegner mehr und mehr dem Kampf auf offenem Felde mit uns aus dem Wege gehen. Da aber, wo sie sich uns stellen, werden wir ihnen zeigen, daß wir unseren Mann wie bisher so auch in Zukunft stellen. Waffen für diesen Kampf werden die Ergebnisse der Beratungen dieses Parteitages unserem Arsenal zuführen. (Lebhafte Beifall.)

Den Bericht über die Kontrolle erstattet

**Meister:** Der schärfere Köllerrind hat die Thätigkeit der Kontrolleure begrenzt; durch Richterpruch ist das Institut der Kontrolleure aufgelöst. Betreffs der Buchhandlung „Vorwärts“ kann ich mittheilen, daß wir sie in voller Ordnung gefunden. Nach Auflösung des Parteivorstandes habe ich mit Frau Jeklin und Genossen Dubber auf Wunsch der Geschäftsleitung dieselbe nochmals revidirt. Wir haben den Beschluß des vorjährigen Parteitages, inwieweit die bei Bading hergestellten Druckfachen billiger hergestellt werden können, ausgeführt. Wir haben zu diesem Behufe bei sieben leistungsfähigen größeren Geschäften, darunter drei bürgerlichen, uns erkundigt und uns die Rechnungen einsenden lassen u. s. w. Wir sind auf grund dieser Ermittlungen zu folgendem Resumee gekommen:

Die von Bading berechneten Preise sind durchaus angemessen und es dürfte nicht möglich sein, die Druckarbeiten billiger herstellen zu lassen.

In betracht muß gezogen werden, daß die Verhältnisse an den verschiedenen Orten auch sehr verschieden gelagert sind und bei Beurtheilung der Berechnung der Herstellungskosten die dieselben begleitenden Umstände, als da sind: höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und vor allem die die Preise sehr vertheuernde Nacharbeit, wohl in Rücksicht gezogen werden müssen.

Dagegen ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, durch Verbesserungen im technischen Betriebe die Herstellungskosten eventuell zu ermäßigen und so empfehlen die Kontrolleure der neu zu wählenden Parteileitung, diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten.

Die bürgerlichen Firmen haben uns durchweg höhere Preise berechnet als Bading und zwar stellen sie diese Preise auch nur für Tagarbeit, während die Herstellung des „Vorwärts“ leider Nacharbeit erfordert. Ebenso fehlte bei den bürgerlichen Firmen jede Gewähr, daß sie die Bestimmungen des Buchdruckertarifs innehalten. Auch sonst sind die Einrichtungen bei Bading, hinsichtlich der Arbeitszeit u. s. w., durchaus empfehlenswerth. Wir haben infolge dessen mit bestem Wissen und Gewissen nicht zu einem anderen Vorschlag kommen können, als zu dem Ihnen in dem Resumee unterbreiteten.

Was die weitere Thätigkeit der Kontrolleure, die durch die Auflösung der Organisation unterbrochen wurde, anlangt, so ist nur eine Beschwerde an sie gelangt. Sie ging von einem Harburger Genossen aus, der sich über die Harburger Parteileitung beschwerte. Nach Prüfung der Sache konnten wir dem Harburger Genossen jedoch nicht recht geben, sondern hatten seine Beschwerde zurückzuweisen. Das ist der Bericht, den ich zu erstatten hatte. Im Anschluß hieran beantrage ich mit den bei der Revision mitwirkenden Genossen die Dechargeertheilung für die in betracht kommenden Parteibeamteten.

Vorsitzender **Singer:** Ueber den Bericht der Parteileitung soll nach dem gestrigen Beschluß in einzelnen Abtheilungen berathen werden.

Die erste Gruppe betrifft: „Allgemeines, Agitation und Wahlen“. Dazu gehören die Anträge: 29, 35, 36, 37, 38, 39, 53, 54, 57, 58, 59 und folgender von Berlin 4 gestellter Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen: vor Ausschreibung der nächsten Reichstagswahl das bestehende Reichstags-Wahlgesetz, mit entsprechenden Erläuterungen versehen, in Broschürenform drucken und während der Wahl-agitation besonders in den ländlichen Wahlkreisen vertheilen zu lassen.